



©Amnesty International

Englisches Original: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/07/spain-lack-of-cooperation-from-israel-on-pegasus-spyware-firm-highlights-impunity/>

NEWS

11. Juli 2023

SPANIEN:

„Mangelnde Kooperation“ Israels bezüglich PEGASUS Spionagesoftware-Firma wirft Schlaglicht auf Straflosigkeit

In Reaktion auf Berichte, dass eine spanische Untersuchung zur PEGASUS-Spionagesoftware der israelischen NSO-Gruppe, mit der mutmaßlich die Telefone des spanischen Premierministers und anderer Minister gehackt wurden, wegen „mangelnder Kooperation“ aus Israel ins Stocken geraten ist, sagte Donncha Ó Cearbhaill, die Leiterin des Security Lab bei Amnesty Tech:

„Dieser berichtete Mangel an Kooperation durch die israelischen Behörden mit der strafrechtlichen Untersuchung in Spanien ist symptomatisch für die Straflosigkeit, die den Missbrauch von Spionagesoftware und Cyber-Überwachungstechnologie umgibt. Dass sich die israelischen Behörden auf den höchsten Strafgerichtshof Spaniens schlicht nicht einmal einlassen, zeigt, wie vollkommen unzulänglich die angeblichen Zugänge zu Rechtsbehelfen in Zusammenhang mit Verstößen durch die Spionagesoftware-Industrie sind.“

Dieser Fall enthüllt auch die fehlerbehaftete Laissez-Faire-Politik in Bezug auf die internationale Regulierung von Cyber-Überwachungssystemen.

Donncha Ó Cearbhaill, Amnesty International

„Dieser Fall enthüllt auch die fehlerbehaftete Laissez-Faire-Politik bezüglich der internationalen Regulierung von digitalen Überwachungssystemen. Die Staaten, einschließlich der EU, sollten den entsprechenden Firmen nicht erlauben, diese potentiell schädlichen Technologien in die ganze Welt zu exportieren und dann jegliche Verantwortung von sich zu weisen, wenn sie auf gefährliche und rechtswidrige Weise missbraucht werden.“

„Es ist eine einfache Tatsache, dass hochinvasive Spionagesoftware eine echte Gefahr für die Privatsphäre und die Sicherheit von uns allen ist. Sie ist zur Waffe der Wahl für Regierungen geworden, die Journalisten zum Schweigen bringen, Aktivisten attackieren und Widerspruch zunichtemachen wollen, und bringt damit viele Leben in Gefahr. Sie muss jetzt gesetzlich verboten werden.“

HINTERGRUND

[Der Guardian berichtete am Dienstag](#), dass ein spanischer Richter, der dem Hacking der Telefone mehrerer hochrangiger spanischer Regierungsvertreter, darunter Premierminister Pedro Sánchez und andere Minister, nachging, seine Untersuchung aufgrund eines „vollständigen“ Mangels an Kooperation vonseiten Israels vorläufig geschlossen hat.

Eine unrechtmäßige gezielte Überwachung verletzt das Recht auf Privatsphäre und kann zu Verstößen gegen etliche weitere Menschenrechte führen, wie etwa die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Zusammenschluss und friedliche Versammlung.

In einem bedeutenden ersten Schritt, um die Spionagesoftwarekrise [im März 2023](#) in Angriff zu nehmen unterzeichnete US-Präsident Biden [eine Präsidentenverordnung](#), die die Verwendung von kommerzieller Spionagetechnologie aufseiten der US-Regierung einschränkt.

Die US-Regierung und andere Regierung auf der ganzen Welt müssen noch weiter gehen und ein Verbot gegen hochinvasive Spionagesoftware erlassen, also gegen solche Software deren Funktionalität nicht begrenzt und deren Nutzung nicht unabhängig kontrolliert werden kann.